

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 20.11.2024

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP ab 17:08 Uhr

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Ilona Bartocha Die Grünen	Bündnis 90 /	
Ratsherr Michael Dregger	CDU	Vertreter für Ratsherrn Michael Meyer
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	
Ratsherr Josef Filippek	DIE LINKE.	Vertreter für Herrn Dietmar Fernholz
Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Herr Eugen Cramer 90/Die Grünen	Bündnis	
Herr Philipp Kallweit	SPD	
Frau Eva Prinz	CDU	
Herr Daniel Schmidt	SPD	Vertreter für Ratsherrn Dirk Franke
Frau Lenia Sommer	SPD	Vertreterin für Herrn Benjamin Pritschow
Herr Rüdiger Wilde	CDU	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Frank Theis Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Ratsherr Otto Ersching DIE LINKE.

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Stephan Theo Hammer
Frau Irina Becker

Herr Andreas Beckmann
Herr Christian Hayer
Herr Christopher Rehnert
Frau Gudrun Abendroth
Frau Vanessa Kühl

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke	SPD
Ratsherr Michael Meyer	CDU
Herr Dietmar Fernholz	DIE LINKE.
Herr Benjamin Pritschow	SPD

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos
Herr Martin Kornau	Fraktionslos

Beginn: 17:08 Uhr

Ende: 19:31 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob es seitens der Ausschussmitglieder Fragen an die Verwaltung gebe.

Herr Kallweit führt aus, dass die Fertigstellung der Fahrrad-Servicestationen bis August 2024 vorgesehen gewesen seien. Da sie noch nicht aufgestellt seien, fragt er, wann dieses nun endgültig geschehe.

Herr Hayer antwortet, dass der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) die Aufstellung derzeit vornehme und mit einer Fertigstellung bis Ende November gerechnet werde.

Herr Kallweit bedankt sich für die Antwort.

Ohne weitere Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder die mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung gestellten Auflistungen der Beschlusskontrollen zur Kenntnis.

3. Sachstandsbericht über die "Auswirkungen der Sperrung der Rahmedetalbrücke der BAB 45"

3.1. Auswirkungen auf die verkehrliche Situation

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer führt aus, dass es derzeit keine großen Neuigkeiten bezüglich der Auswirkungen der Sperrung der Rahmedetalbrücke der BAB 45 gebe. Der Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung habe eine erneute Datenerfassung vom 24. September – 26. September 2024 durchgeführt und die Daten entsprechend ausgewertet. Er erläutert die in das **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellte Präsentation. Es sei festzustellen, dass die LKW-Belastung leicht fallend bis stagnierend sei. Allerdings sei festzustellen, dass die durch den Wegfall von LKW entstehenden Kapazitätsreserven erwartungsgemäß durch PKW gefüllt würden, deren Belastungen hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als wesentlich geringer zu bewerten seien. Die erstellte Unfallstatistik biete ein ähnliches Bild. Es gebe zwar leichte Blechschäden bis hin zu Unfällen mit Schwerverletzten, insgesamt könne die Situation jedoch als stabil festgestellt werden. Auf Nachfrage von Ratsherrn Ersching führt er aus, dass auch auf den an die Umleitungsstrecken angrenzenden Bereiche die Tendenz eher stagnierend bis rückgängig sei. Auf Nachfrage von Ratsherrn Dudas führt er weiter aus, dass ein Unterschied zwischen Erhebungen an Tagen mit und Tagen ohne Kontrollen schwierig festzustellen seien. Beim stichprobenartigen Vergleich der Rohdaten könne im Ergebnis jedoch eher festgestellt werden, dass sich hier keine wesentlichen Unterschiede zeigten. Insgesamt bleibe die Wirkung weiterhin erhalten.

Ohne weitere Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder Kenntnis.

3.2. Aktuelle Entwicklungen in der Verkehrsüberwachung Vorlage: 244/2024

Vorsitzender Holzrichter bittet Ersten Beigeordneten Kessler um Erläuterung.

Erster Beigeordneter Kessler führt aus, dass sich alle angestoßenen Aufgaben in Abarbeitung befänden. Die installierten Rotlichtblitzer seien bis auf einen in Aktion. Bei den Kontrollen gebe es personelle Unterstützung seitens des Zoll, die die Fahrzeuge allerdings lediglich herauswinken dürften. Als letzte Komponente müsse nun die Entlastung der Mitarbeitenden erfolgen, die z.B. durch die sofortige Ermöglichung einer entsprechenden Bezahlung erfolgen solle.

Auf Nachfrage von Herrn Cramer führt Erster Beigeordneter Kessler aus, dass der Rotlichtblitzer an der Ecke Heedfelder Straße/Grebbecker Weg stadteinwärts nicht die Fahrzeuge aus dem Grebbecker Weg überwache, sondern die Fahrzeuge stadteinwärts aus der Heedfelder Landstraße.

Herr Cramer bedankt sich für die Erläuterung.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

4. Antrag der CDU-Fraktion vom 20.09.2024 zum Thema "Baumaßnahme Audrey's"

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob Vortrag und ggf. weitere Erläuterung zur schriftlichen Stellungnahme der Verwaltung gewünscht werde.

Ratsherr Schwarzkopf bedankt sich zunächst für die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung und fragt, ob es eine Übersicht gebe, aus der die aktuell vorliegenden Gebrauchsüberlassungen hervorgingen, wenn es diese gebe, ob sie auf dem aktuellen Stand sei und ob diesbezüglich eine funktionierende Vertragskontrolle vorhanden sei.

Kämmerer Haarhaus führt aus, dass eine entsprechende Übersicht geführt werde und die notwendige Überwachung funktioniere grundsätzlich schon, wie bei anderen Mietverhältnissen auch. Wenn es gewünscht sei, könne bei Gelegenheit eine Übersicht zur Verfügung gestellt werden, aus der hervorgehe, wo derartige Mietverhältnisse noch vorhanden seien.

Er führt weiter aus, dass aktuell am Vortag ein Vor-Ort-Termin am Audrey's mit diversen Beteiligten wie Vertretern der Stadt Lüdenscheid, des CVJM, der Versicherung und entsprechenden Gutachtern stattgefunden habe, bei dem verschiedenste Nutzungsvarianten und ebenfalls mögliche Schadenabwicklungen besprochen worden seien. Ziel sei es nun, in weiteren Gesprächen die jeweils beste Möglichkeit festzulegen.

Vorsitzender Holzrichter stellt fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion durch die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung inklusive der mündlichen Ergänzungen erfüllt sei und somit auf eine Abstimmung verzichtet werden könne.

4.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2024 zum Thema "Baumaßnahme Audrey's"; hier: Prüfauftrag zu Verkaufsmöglichkeiten und -bedingungen

Vorsitzender Holzrichter bittet die CDU-Fraktion um Erläuterung des Antrages vom 05.11.2025.

Ratsherr Schwarzkopf führt aus, dass die CDU-Fraktion durch Erteilung des Prüfauftrages an die Verwaltung zu den Verkaufsmöglichkeiten und -bedingungen an den CVJM die Möglichkeit sehe, dass die Schadensabwicklung beschleunigt werde und damit eine

wesentlich schnellere Wiedernutzbarkeit als Kinder- und Jugendfreizeitstätte erreicht werden könne.

Kämmerer Haarhaus führt aus, dass eine Prüfung seitens der Verwaltung gerne erfolgen könne. Bei einer Erbbaurechtsbestellung an den CVJM sei es erforderlich, ein Erbbaurecht neu zu begründen, da derzeit ein normales Vertragsverhältnis bestehe. Grundsätzlich spreche nichts dagegen, allerdings müsse zunächst geprüft werden, ob der CVJM dieser Vorgehensweise zustimme. Es müsse darüber hinaus bedacht werden, dass das betroffene Flurstück neben dem reinen Gebäude auch eine angrenzende Obstwiese umfasse und damit ggf. auch eine Teilung des Flurstücks vorgenommen werden müsse. Die Prüfung müsse ebenfalls beinhalten, wie eine rechtssichere Übertragung erfolgen könne, da kommunal- und beihilferechtliche Belange zu berücksichtigen seien. Darüber hinaus müsse geklärt werden, inwieweit der CVJM das jeweilige Risiko bei Begründung eines Erbbaurechts, was i.d.R. auf mindestens 30 Jahre begründet werde, oder bei Finanzierung über den Kinder- und Jugendförderplan, der eine Finanzierung von ca. 4 Jahren bedeute, tragen wolle. Formal sei zu beachten, dass nur der Rat eine solche Entscheidung treffen könne und nicht der Bau- und Verkehrsausschuss und dass die zugrundeliegenden Rahmenbedingungen und Risiken mit in die Entscheidung einfließen müssten. Es wird daher vorgeschlagen, den Antrag in einen entsprechenden Prüfauftrag umzuformulieren.

Ratsherr Schwarzkopf ergänzt, dass die Reduzierung auf die Verkaufsmöglichkeiten und –bedingungen in Ordnung sei. Seitens der CDU-Fraktion werde zusätzlich als bedeutend gesehen, dass durch eine Abgabe des Gebäudes die Mitarbeitenden der ZGW massiv entlastet werden könnten. Grundsätzlich seien die Anmerkungen des Kämmerers Haarhaus zu bedenken, so dass ggf. mit dem Ergebnis der Prüfung neu nachgedacht werden sollte.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, über den auf den Prüfauftrag zu den Verkaufsmöglichkeiten und –bedingungen reduzierten Antrag der CDU-Fraktion und ggf. den für die Umsetzung des Verkaufs erforderlichen Ratsbeschluss vorzubereiten abzustimmen.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder mit Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Verkauf des Gebäudes an den CVJM zu prüfen bzw. die Bedingungen zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	./.

5. Antrag der CDU-Fraktion vom 01.11.2024 zum Thema "Baumaßnahmen Grundschule Lösenbach"

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob seitens der CDU-Fraktion weitere Fragen oder Anmerkungen zur Stellungnahme der Verwaltung bestünden.

Ratsherr Schwarzkopf führt aus, dass derzeit keine weiteren Fragen bestünden, die Stellungnahme der Verwaltung aber noch einmal geprüft werden müsse.

Vorsitzender Holzrichter teilt mit, dass damit dem Antrag der CDU-Fraktion abgeholfen sei und auf eine Abstimmung verzichtet werden könne.

6. Antrag der CDU-Fraktion vom 01.11.2024 zum Thema "Baumaßnahme Sporthalle Adolf-Reichwein-Gesamtschule"

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Beckmann und bittet um Vortrag.

Herr Beckmann führt aus, dass zwischenzeitlich eine Begehung der Sporthalle stattgefunden habe, um eine mögliche Sanierung der Stahlbetonpfeiler zu prüfen. Ein Gutachter sei beauftragt worden und das entsprechende Gutachten liege bereits vor. Nach erfolgter Probenahme des Betons sei festgestellt worden, dass die Riegel in gutem Zustand seien und somit eine Sanierung möglich sei. Ein Sanierungskonzept für die Stahlbewehrung, deren Überdeckung und der Stahlbetonflächen liege ebenfalls bereits vor. Die hierzu vorliegende Kostenschätzung liege allerdings mit ca. 400.000,00 € inklusive der entstehenden Gerüstkosten wesentlich höher als geplant und müsse zunächst geprüft werden. Der vorhandene Sportboden sei erst im Jahr 2013 erneuert worden. Das hierzu vorliegende Gutachten besage, dass eine Aufarbeitung der vorhandenen Fehlstelle mit anschließender Versiegelung des kompletten Bodens möglich sei. Die Neben- und Sanitärräume seien zwar alt, aber noch in einem relativ guten Zustand. Dadurch könnten diese mit überschaubaren Sanierungsarbeiten hergerichtet werden. Die energetische Betrachtung habe ergeben, dass – sofern rechtlich möglich - eine Sanierung durch Entfernung des Fernwärmenetzes und ein Ersetzen mit Wärmepumpen sinnvoll sei. Eine Sanierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Lüftungstechnik solle erfolgen. Sollten die Fenster getauscht werden, könne allerdings auf die große Lüftung verzichtet werden. Eine Überarbeitung der Elektroanlagen sowie der Beleuchtung auch für die Nebenräume solle erfolgen. Insgesamt sei vorgesehen, die energetische Sanierung mit Fördermitteln des Landes NRW über das Programm „Energieeffiziente öffentliche Gebäude“ vorzunehmen. Hierüber könnten Sporthallen und ihre Nebengebäude Fördermittel erhalten. Es sei daher vorgesehen, den Förderantrag auch für die Nebenräume zu stellen. Eine Kostenschätzung sei kurzfristig zu erstellen, so dass nach Prüfung der Positionen auf ggf. vorhandene Förderschädlichkeit, ein Förderantrag gestellt werde, für den dann noch eine detaillierte Kostenberechnung erfolgen müsse. Auf Nachfrage von Ratsherrn Ersching ergänzt Herr Beckmann, dass die energetische Sanierung zwar einen höheren Aufwand bedeute, jedoch nicht unbedingt zeitlich länger dauere. Auch deshalb werde zunächst geprüft, mit welchen Arbeiten ggf. schon begonnen werden könne, ohne dass die Förderung gefährdet werde.

Kämmerer Haarhaus führt aus, dass es Ziel sei, den ersten Bauabschnitt ohne Fördermittel auszuführen und lediglich für den zweiten Bauabschnitt ggf. bis zu 80 % Fördermittel in Anspruch zu nehmen, sofern dies förderrechtlich möglich sei. Es solle die Dacherneuerung möglichst vorgezogen und dann die restlichen Arbeiten mit Fördermitteln durchgeführt werden, was aber zunächst mit dem Fördergeber abzustimmen sei.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Dregger, ob für die Einhaltung der Brandschutzvorgaben auch die innere Bewehrung erneuert werden müsse, führt Herr Beckmann aus, dass innen eine 1 cm dicke Betonüberdeckung vorhanden sei. Ein Brandschutzkonzept werde für die Sporthalle nicht benötigt, da es sich nicht um eine Versammlungsstätte handle. Er sagt eine nochmalige Prüfung zu.

Ratsherr Schwarzkopf fragt, ob es möglich sei, die entstehenden Sanierungskosten den Kosten für einen Neubau gegenüberzustellen.

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob Herr Beckmann eine entsprechende Beschlussvorlage für die Ratssitzung am 09. Dezember 2024 erstellen könne.

Herr Beckmann antwortet, dass die erforderliche Statik mit entsprechender Kostenschätzung und belastbaren Zahlen zeitnah erarbeitet werde. Eine Beschlussvorlage für die Sitzung im Dezember sei sehr sportlich, für den Bau- und Verkehrsausschuss am 05. Februar 2025 sei es kein Problem.

Ratsherr Schwarzkopf merkt an, dass er eine verlässliche Aussage mit einer belastbaren Grundlage für eine Entscheidung für wichtig halte, wenn auch nicht zwingend auf den Euro genau. Zumindest solle der Vergleich der Sanierungskosten mit eventuellen Neubaukosten vorliegen. Diesen sagt Herr Beckmann bis Dezember 2024 zu.

Nach kurzer Diskussion schlägt Vorsitzender Holzrichter vor, eine Vorlage, die auch die Sanierungskosten mit den Neubaukosten gegenüberstellt zur Beratung für die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 05. Februar 2025 und zur Beschlussfassung für die Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 10. Februar 2025 zu erstellen.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig den Beschluss so weiter zu verfahren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

7. Antrag der CDU-Fraktion vom 03.11.2024 zu den Themen "Forum / Fußgängerbrücke Weststraße / Parkhaus Weststraße"

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob es zu den durch die Zentrale GebäudeWirtschaft (ZGW) und dem Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) übermittelten Stellungnahmen noch Fragen, Anmerkungen oder Anregungen gebe.

Ratsherr Schwarzkopf bedankt sich zunächst für die Antworten. Die CDU-Fraktion müsse sich diese jedoch noch detaillierter ansehen, da beispielsweise das Gebäude aufgrund der Kürze der Zeit nur wenig geprüft worden sei. Darüber hinaus gebe es keine Angaben, inwieweit mit einer Schädigung der Rathaustunneltechnik zu rechnen sei, wenn das Forum abgerissen werde. Er merkt an, dass die CDU-Fraktion sicher noch weitere Fragen haben und diese entsprechend nachreichen werde.

Herr Kallweit führt aus, dass eine Schadenbeseitigung bereits einen Tag nach Feststellung durch die Stadt Lüdenscheid erfolgt sei, das sei kaum schneller zu erwarten. Zudem sei die Stadt Lüdenscheid nicht für den baulichen Zustand des Forums verantwortlich. Ein schnelleres Eingreifen könne ggf. erreicht werden, wenn die Stadt Lüdenscheid Eigentümerin des Gebäudes wäre. Auch seitens der SPD-Fraktion wünsche man sich eine möglichst schnelle freie Nutzung des Rathaustunnels.

Ratsherr Schwarzkopf ergänzt, dass der Rathaustunnel selbstverständlich möglichst schnell wieder frei nutzbar sein solle. Darüber hinaus solle das Forum alle Möglichkeiten der Verwertung erhalten und daher müsse eine entsprechende Prüfung erfolgen.

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob der Antrag der CDU-Fraktion durch die beiden Stellungnahmen erledigt sei.

Ratsherr Schwarzkopf bestätigt dies.

Somit kann auf eine Abstimmung verzichtet werden.

8. Straßenplanung Schillerstraße Vorlage: 214/2024

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob es noch Fragen, Anmerkungen oder Anregungen zur Beschlussvorlage gebe.

Herr Wilde merkt an, dass diese Maßnahme sehr wünschenswert sei. Er fragt, ob es möglich sei, den Verkehr vor der Haupttreppe des Kulturhauses ggf. mit Berliner Kissen oder ähnlich zu bremsen, um den Bereich für den Fußgängerverkehr sicherer zu machen.

Herr Hayer antwortet, dass die Anmerkung nachvollziehbar sei, sich die Beschlussvorlage allerdings lediglich auf den Bereich beziehe, den der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) saniere. Er schlägt vor, sich den Bereich bezüglich einer besseren Sicherung des Fußgängerverkehrs separat anzusehen. Aufgrund der Kurvensituation seien die Sichtbeziehungen hier schwierig. Hier eine offizielle Fußgängerquerung zu installieren halte er für problematisch. Die Maßnahmen müssten getrennt betrachtet werden.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, dass der Fachdienst Verkehrsplanung und –lenkung sich die Situation noch einmal genau ansehe und eine Rückmeldung bis zum 05.03.2025 gebe.

Herr Wilde bedankt sich.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der anstehenden Unterhaltungsmaßnahme „Schillerstraße“ die zusätzlichen Leistungen im Einmündungsbereich Schillerstraße/ Freiherr-vom-Stein Straße entsprechend der im Ausschuss vorgestellten Planunterlagen umzusetzen. Für die Umsetzung soll die Vergabe der Tiefbauleistungen in 2024 ausgeschrieben werden.
2. Für diese investive Maßnahme werden bei 12.01.04 – P12010409 – 7852000 Schillerstraße außerplanmäßige Mittel in Höhe von 48.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt über die Maßnahme 12.01.04 – P 12010407 – 7852000 – Barrierefreier

Ausbau Stadtteil Hasley.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

**9. Straßen- und Wegekonzept gem. §8a Kommunalabgabengesetz NRW (KAG NW)
Vorlage: 221/2024**

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob Vortrag der Verwaltung gewünscht sei oder ob es sonstige Fragen oder Anmerkungen gebe.

Herr Kallweit führt aus, dass die SPD-Fraktion intensiv über diese Vorlage diskutiert habe. Die angespannte Personalsituation in den betroffenen Fachdiensten sei hinreichend bekannt. Dennoch sollten die in den Haushalt 2025 bereits eingestellten Haushaltsmittel möglichst nicht verfallen, sondern sachbezogen genutzt werden.

Seitens der SPD-Fraktion werde folgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

Der **Beschluss** über das Straßen- und Wegekonzept für 2025 – 2029 wird in die Sitzung des Rates am 09. Dezember 2024 verschoben. Die durch einen Beschluss freiwerdenden Haushaltsmittel sollen in unkompliziert durchführbare Sanierungen der Lüdenscheider Straßen sowie in die Lüdenscheider Schulen investiert werden. Dazu legt die Verwaltung in der Ratssitzung am 09. Dezember 2024 einen Maßnahmenkatalog vor.

Begründet werde diese Verschiebung damit, dass das vorgelegte Straßen- und Wegekonzept zahlreiche Maßnahmen aufgrund der angespannten Personalsituation in die Zeit nach 2025 verschiebe. Die Fremdvergabe der Leistungen sei nicht möglich, da der Aufwand der Betreuung einer Fremdvergabe für die Verwaltung nicht leistbar sei. Die für 2024 und 2025 geplanten Maßnahmen seien bereits im Haushalt mit Mitteln hinterlegt, die nun frei würden.

Es sei besonders wichtig, dass diese Haushaltsmittel trotz Verschiebung der Maßnahmen des Straßen- und Wegekonzeptes investiert würden. Daher beauftrage der Bau- und Verkehrsausschuss die Verwaltung, bis zur nächsten Ratssitzung einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, der Maßnahmen an den Lüdenscheider Straßen und Schulen umfasse, die ohne größere Planungen in 2025 durchgeführt werden könnten.

Der finanzielle Aufwand der Maßnahmen sei grob zu beziffern. Sofern die Maßnahmen mit den freiwerdenden Haushaltsmitteln der nicht durchgeführten KAG-Maßnahmen durchzuführen sein, solle der Rat die Durchführung bewilligen. Die übrigen Mittel würden in den Haushalt zurückgeführt.

Vorsitzender Holzrichter lässt nach kurzer Diskussion über den Vorschlag von Herrn Kallweit abstimmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der vorgeschlagenen Vorgehensweise einstimmig zu.

Eine Abstimmung über die Beschlussvorlage erfolgt nicht.

10. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

10.1. Sachstandsbericht zum IHK Altstadt; hier: Umbau der Alten Post

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Abendroth und bittet um Vortrag.

Frau Abendroth stellt anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation den aktuellen Sachstand des Umbaus der Alten Post vor. Sie merkt an, dass die Abstimmung mit der Denkmalbehörde bezüglich des Austausches der Fenster und Außentüren noch nicht abgeschlossen sei. Die Denkmalbehörde habe entschieden, dass ein Austausch nur gegen Fenster und Türen nach historischem Vorbild erfolgen könne. Das bedeute, dass hierfür ein erneutes Ausschreibungsverfahren erforderlich werde. Das Gutachten zum Schädlingsbefall im Innern liege druckfrisch vor, habe jedoch noch nicht komplett geprüft werden können. Der vorhandene Blindboden solle instandgesetzt werden. Der Käferbefall werde mit entsprechenden Holzschutzmitteln behandelt. Die Deckenbalken würden z.T. aufgedoppelt und z.T. müssten sie neu eingebracht werden, was zum Teil den Ersatz von 12 m langen Balken bedeute. Allein diese unvorhergesehenen Arbeiten hätten Einfluss sowohl auf den Kosten- als auch auf den Bauzeitenplan. Wie sich die Auswirkungen im Detail darstellen, könne derzeit nicht benannt werden. Es sei jedoch nahezu sicher, dass der geplante Einzug der Volkshochschule in das Gebäude im Sommer 2025 eher unsicher sei. Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter teilt sie mit, dass derzeit keine Probleme bezüglich der Mittelbindung zu erwarten seien. Auf Nachfrage von Herrn Wilde führt Frau Abendroth aus, dass Nachverhandlungen mit den Auftragnehmern gemäß dem Zentralen Vergabeservice nicht möglich seien, sondern ein erneutes Vergabeverfahren erforderlich werde.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die ausführliche Präsentation.

11. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

11.1. Bekanntgaben

11.1.1. Auslosung und Vergabe der Standorte zur Aufstellung von Altkleider-Containern

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass diese Bekanntgabe aufgrund der Erkrankung des Sachbearbeiters heute entfallen müsse.

11.1.2. Aktueller Sachstand zur Prüfung der Einrichtung eines Innenstadt-

Kleinbusses

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer führt aus, dass die angedachte Einrichtung eines Innenstadt-Kleinbusses bisher gescheitert sei, weil kein Betreiber einer solchen Linie habe gefunden werden können. Der Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung habe nun Kontakt mit dem Märkischen Kreis aufgenommen, um abzuklären, ob ggf. eine Förderung möglich sei. Hierfür sei es dann erforderlich, dass diese Linie in den Nahverkehrsplan des Märkischen Kreises integriert werde. Eine Aufnahme in das Mobilitätskonzept der Stadt Lüdenscheid müsse ebenfalls erfolgen. Es sei bereits geprüft worden, inwieweit eine Einbindung des Quartiers Hasley in die Linie des Innenstadt-Kleinbusses möglich sei. Zunächst würde die Einbindung eine sehr hohe Taktung erfordern, um eine entsprechende Nutzung zu gewährleisten. Da diese derzeit nicht gewährleistet werden könne, habe sich die Verwaltung entschieden, das Quartier Hasley zunächst außen vor zu lassen. Eine Anbindung „on demand“ sei ebenfalls geprüft worden und stelle für den Innenstadtbereich eher eine suboptimale Möglichkeit dar. Bevor die Verwaltung weiter tätig werden könne, müsse nun zunächst der Nahverkehrsplan des Märkischen Kreises abgewartet werden. Auf Nachfrage von Herrn Kallweit ergänzt Herr Hayer, dass über die Art der Finanzierung keine Aussage getroffen werden könne, auch wenn der Märkische Kreis diese Linie in den Nahverkehrsplan aufnehme. Möglicherweise könne eine Finanzierung über den Fördertopf für Elektrofahrzeuge erreicht werden.

Herr Kallweit bedankt sich für die Antwort.

11.1.3. Sachstand zum Parkleitsystem (Digitalisierung)

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer führt aus, dass die Verwaltung zwischenzeitlich geprüft habe, ob das statische Parkleitsystem mit der Ergänzung über die Nutzung einer App erhalten werden könne. Gemäß Mitteilung des Fördermittelgebers sei dies nicht möglich, da hierfür keine Förderfähigkeit vorliege. Zudem befinde sich das vorhandene System noch in der Zweckbindung. Aktuelle Information seitens des Fördermittelgebers vom heutigen Tag sei, dass ggf. eine Verkürzung der Zweckbindung möglich sei und damit eine Digitalisierung doch noch erreicht werden könne. Dieses werde nun geprüft. Die Verwaltung hoffe, in ca. einem halben Jahr hierzu eine belastbare Aussage zu bekommen.

11.1.4. Freigabe von Einbahnstraßen für den Radfahrverkehr

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer führt aus, dass kürzlich die Philippstraße und Im Hasley als weitere Einbahnstraßen hätten für den Radverkehr freigegeben werden können. Eine Freigabe der oberen Gartenstraße aus Richtung der Sauerfelder Straße werde seitens der Polizei als nicht möglich angesehen. Die Verwaltung habe sich daher entschieden, auf eine Freigabe dieses Teilstücks zu verzichten.

11.1.5. Mitwirkung der Feuerwehr Lüdenscheid im Konzept für den Massenansturm von Verletzten und Betroffenen im Märkischen Kreis (MANV-Konzept MK)

Vorsitzender Holzrichter bittet Ersten Beigeordneten Kessler um Erläuterung.

Erster Beigeordneter Kessler führt aus, dass die Verwaltung eine frühzeitige Information der Ausschussmitglieder für notwendig erachte, da weitere Erfordernisse aus der Mitwirkung der Feuerwehr Lüdenscheid im Konzept für den Massenansturm von Verletzten und Betroffenen im Märkischen Kreis (MANV-Konzept MK) entstünden. Insbesondere die Auswirkungen auf den Stellenplan seien nicht unerheblich, würden allerdings nicht im Bau- und Verkehrsausschuss behandelt, sondern zuständigkeitshalber im Haupt- und Finanzausschuss. Er bittet darum, Rückfragen zum MANV-Konzept MK direkt an Herrn Rehnert zu richten.

11.2. Beantwortung von Anfragen

11.2.1. Schriftliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.09.2024 in der Sitzung des Rates am 07.10.2024 zum Thema "Vergaben Grundschule Lösenbach"

Zusätzlich zur schriftlichen Beantwortung der Anfrage werden keine Erläuterungen gewünscht.

11.2.1.1. Schriftliche Beantwortung der erweiterten Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2024 zum Thema "Vergaben Grundschule Lösenbach"

Zusätzlich zur schriftlichen Beantwortung der erweiterten Anfrage werden keine Erläuterungen gewünscht.

11.2.2. Schriftliche Beantwortung der mündlichen Anfrage der Ratsfrau Siebensohn in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 18.09.2024 zum Thema "Sanierung der Treppenanlage Kluser Platz"

Zusätzlich zur schriftlichen Beantwortung werden keine weiteren Erläuterungen gewünscht.

11.2.3. Schriftliche Beantwortung der mündlichen Anfrage des Ratsmann Thielicke in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 18.09.2024 zum Thema "Sanierung der Fuelbecker Straße"

Auf Nachfrage von Herrn Kallweit bittet Vorsitzender Holzrichter, dass diese Nachfrage zur direkten Beantwortung an den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid gerichtet werde.

11.3. Anfragen

11.3.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion Die Linke vom 03.11.2024 zum Thema "Radschutzstreifen"

Zusätzlich zur schriftlichen Beantwortung wird keine weitere Erläuterung gewünscht.

11.3.2. Neue Nutzung der Container auf dem Rathausplatz

Herr Kallweit fragt für Rats Herrn Voß, ob die neue Nutzung der Container auf dem Rathausplatz gegenüber der Nutzung durch das „Bierprojekt“ eine andere Genehmigung erhalten habe. Wie sei hier insbesondere mit der erforderlichen WC-Nutzbarkeit verfahren worden?

Vorsitzender Holzrichter bittet die Verwaltung eine Beantwortung direkt an Rats Herrn Voß vorzunehmen.

gez. Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin